

N I E D E R S C H R I F T

über die 28. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt Gummersbach vom 25.09.2019 im Fachausschusssitzungssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Vorsitzender Torsten Stommel

Mitglieder

Stadtverordnete Claudia Stevenson

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordnete Christine Stamm

1. stellv. Vorsitzender Axel Blüm

Stadtverordneter Uwe Schieder

Vertretung für Herrn Michael Franken

Stadtverordneter Thorsten Konzelmann

Stadtverordneter Christian Weiss

Stadtverordnete Elke Wilke

Stadtverordneter Konrad Gerards

Vertretung für Frau Sabine Grützmacher

Stadtverordneter Reinhard Birker

Verwaltung

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit

StOVR. Georg Hermes

StVwD'in. Katharina Klein

StIin Jasmin Bitzer

StIin Mariella Busch

Entschuldigt:

Mitglieder

2. stellv. Vorsitzender Michael Franken

Stadtverordnete Sabine Grützmacher

Die Niederschrift führt: Mariella Busch

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung:	18:47 – 18:52
Sitzungsende:	19:11 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Aktuelle Haushaltsentwicklung
- TOP 3 Bereitstellung von Haushaltsmitteln
- TOP 3.1 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Maßnahme "Busbahnhof Derschlag"
Vorlage: 04002/2019
- TOP 3.2 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung für die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Maßnahme „Siebenbürgenstraße-Nobelstraße“
Vorlage: 04009/2019
- TOP 4 Vorstellung Nutzungskonzept Bahnhof Dieringhausen
- TOP 5 Mitteilungen

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Öffentlicher Teil:**TOP 1****Niederschrift der letzten Sitzung**

Die Niederschrift wurde einstimmig angenommen.

TOP 2**Aktuelle Haushaltsentwicklung**Produktbereich 16 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Herr Halding-Hoppenheit erläutert, dass im Bereich der Gewerbesteuer das aktuelle Anordnungssoll 1,5 Mio. € über dem Planansatz liegt, was sehr erfreulich ist. Allerdings wird die Gewerbesteuerumlage aufgrund dieser Mehrerträge noch ansteigen. Bei der Grundsteuer B konnte der Haushaltsansatz noch nicht erreicht werden. Da jedoch bis dato die Veranlagungen einiger Neubauten fehlen, kann der Ansatz weiterhin erreicht werden. Herr Halding-Hoppenheit führt aus, dass im Bereich der Vergnügungssteuer wie erwartet ein deutlicher Rückgang zu konstatieren ist. So verbleibt der Haushalt wahrscheinlich bis zu 200 T€ hinter dem Ansatz von 900 T€. Grund hierfür ist ein deutlicher Umsatzrückgang bei den Spielhallenbetreibern, welcher aber durch eine Umstellung vom Gesetzgeber bewusst ausgelöst und somit gewollt ist. Bei der Wettbürosteuer zeichnet sich nach den aktuellen Veranlagungen ein Mehrertrag von 6 T€ ab. Hier wurden jedoch gegen die bisherigen Festsetzungen Klagen eingereicht. Nach Ansicht des Kämmerers ist die Satzung der Stadt Gummersbach rechtssicher, da sie auf der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes beruht. Ferner liegen die Erträge der Hundesteuer und der Zweitwohnungssteuer weiterhin über dem Haushaltsansatz.

Die Erträge der Nachforderungszinsen verbleiben aktuell etwas unter dem Haushaltsansatz. Hier wird allerdings noch vom Erreichen des Ansatzes ausgegangen, da die momentanen Zahlen deutlich über den vergleichbaren Vorjahreswerten liegen. Die Erstattungszinsen liegen etwas über dem Ansatz von 100 T€. Diese Verschlechterung kann durch die Verbesserung im Bereich der Nachforderungszinsen ausgeglichen werden. Des Weiteren führt der Kämmerer aus, dass immer noch Verfahren zur Zinshöhe beim BFH laufen, welche somit auch die Erstattungs- und Nachforderungszinsen betreffen. Hier geht Herr Halding-Hoppenheit, wie auch die drei kommunalen Interessenvertretungen, davon aus, dass eine möglicherweise vom BFH gewollte Änderung der Zinshöhe nur die Zukunft betreffen wird.

Zum Finanzausgleich stellt Herr Halding-Hoppenheit fest, dass die Schlüsselzuweisungen dem Ansatz entsprechen. Dagegen sind bei der Umsatz- und der Einkommenssteuer niedrigere Erträge als ursprünglich geplant zu erwarten. So wird bei der Umsatzsteuer mit einem Ergebnis von 64 T€ und bei der Einkommenssteuer mit einem solchen von 350 T€ unter dem Ansatz gerechnet. Bei der Kreisumlage ist u.a. durch die Abrechnung der Berufsschulumlage eine Verschlechterung zu vermerken. Bezüglich der Kassenkreditzinsen ist durch die seit fast vier Jahren niedrige Zinslage eine weitere Verbesserung festzustellen. So wird mit einer Entlastung von 100 T€ gerechnet.

Im Bereich Asyl ist eine abschließende Beurteilung aktuell nicht möglich. Allerdings sind eine geringere Fallpauschale und eine niedrigere Erstattungsquote als kalkuliert möglich. Voraussichtlich nicht eintretende Verbesserungen können jedoch durch bisher nicht eingeplante Mittel der Integrationspauschale ausgeglichen werden. Weiterhin informiert Herr Halding-Hoppenheit darüber, dass die drei kommunalen Interessenvertretungen sich auf eine gemeinsame Stellungnahme gegenüber dem Ministerium verständigt haben, wonach die FlÜAG-Pauschale auf 12.900 € erhöht werden soll. Der IST-Aufwand bei der Stadt Gummersbach beträgt aktuell 11.400 € und entspricht unserem Planansatz.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Produktbereichsübergreifende Einnahmen

Bei den Verwarnungs- und Bußgeldern ist eine Unterschreitung des Ansatzes, der 380 T€ beträgt, zu konstatieren. Hier entsprechen die aktuellen Zahlen etwas weniger als der Hälfte des Ansatzes. Aus den Erfahrungen der Vorjahre wird deutlich, dass der Haushaltsansatz nicht mehr erreicht werden kann. Die Erträge der Mahn- und Vollstreckungsgebühren entsprechen dem Jahresverlauf. Hier war ein Ansatz von 300 T€ eingeplant.

Produktbereichsübergreifende Budgets

Zu den Personalkosten erläutert Herr Halding-Hoppenheit, dass nach aktuellen Hochrechnungen die Personalaufwendungen hinter dem Ansatz zurückbleiben, wie es auch in den Vorjahren der Fall war. Ein Grund hierfür ist die Zahl der Langzeiterkrankten, welche 2019 bei 30 Mitarbeitern liegt. Bei der baulichen Unterhaltung wird davon ausgegangen, dass das Budget eingehalten wird. Hier lag der Ansatz bei 3,1 Mio. €. Auch im Bereich der Bewirtschaftung geht der Kämmerer davon aus, dass dem Ansatz entsprochen wird. Hier könnte ggf. sogar eine Unterschreitung erreicht werden.

Schließlich fasst Herr Halding-Hoppenheit zusammen, dass besonders unter dem Aspekt der Erhöhung der Integrationspauschale im Bereich Asyl und der Mehrerträge der Gewerbesteuer das Ergebnis von 1,7 Mio. € und möglicherweise sogar eine weitere Verbesserung erreicht werden kann. Bei der Integrationspauschale stellt das Land noch 434 Mio. € bereit, welche vollständig an die Kommunen weitergegeben werden. Hier ist zwar der genaue Betrag, der auf die Stadt Gummersbach entfällt noch ungewiss, jedoch wird aufgrund der Vervielfachung des Gesamtzahlungsvolumens des Landes und der Werte aus 2018 von einem Betrag in Höhe von rund 1,4 Mio. € ausgegangen.

Mithin erfüllt die Stadt Gummersbach die Vorgaben des Stärkungspaktes. Dies bestärkt die Entscheidung, erneut von einer Steuererhöhung abzusehen, welche durch die Bezirksregierung mitgetragen wurde. Das aktuelle Volumen der langfristigen Kredite beträgt ca. 82,1 Mio. € und das der kurzfristigen Kredite ca. 79,9 Mio. €. Somit wird die Deckelung von 105 Mio. € bei den kurzfristigen Krediten weit unterschritten. Darüber hinaus hat die Landesregierung eine Hilfe bezogen auf Altschulden angekündigt, auch wenn noch unklar ist, wie diese konkret aussehen soll. Hierdurch ist mittelfristig mit einer Entlastung zu rechnen. In anderen Bundesländern wurden bereits entsprechende Programme umgesetzt.

TOP 3**Bereitstellung von Haushaltsmitteln****TOP 3.1****Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Maßnahme "Busbahnhof Derschlag"
Vorlage: 04002/2019**

Frau Klein stellt die Vorlage vor.

Die CDU stellt fest, dass sich am 26.09.2019 im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss ebenfalls mit diesem Thema befasst wird und fragt, ob tatsächlich keine Mehrkosten entstehen werden. Dies wird von Frau Klein bestätigt.

Die SPD äußert die Kritik, dass immer wieder Verträge zu Baumaßnahmen in Höhe von mehreren Millionen Euro vergeben werden, jedoch danach keine ausreichende Aufklärung über den konkreten Ablauf der Baumaßnahme erfolgt. Daraufhin sichern Herr Stommel und die CDU zu, dass diese Anmerkung in den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss am kommenden Tag (26.09.2019) mitgenommen wird.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt stimmt der überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Investitionsprojekt 5.000326 „Busbahnhof Derschlag“ bis zu einem Gesamtbetrag von 345.000 € zu.

TOP 3.2

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung für die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Maßnahme „Siebenbürgenstraße-Nobelstraße“

Vorlage: 04009/2019

Frau Klein erläutert die Vorlage.

Herr Stommel unterstreicht die Dringlichkeit der Baumaßnahme, da bei einer Durchführung nach dem Winter Risse in der Asphaltdecke entstehen, was erhebliche Mehrkosten auslösen würde.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach genehmigt folgende

**„Dringlichkeitsentscheidung
gem. § 60 GO NW**

Die Verwaltung wird ermächtigt die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Maßnahme „Siebenbürgenstraße-Nobelstraße“ in Höhe von bis zu 190.000 € zu veranlassen.

Gummersbach, den 12. September 2019

Frank Helmenstein
Bürgermeister

Torsten Stommel
Vorsitzender des
Finanz- und Wirtschafts-
förderungsausschusses

Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer“

TOP 4

Vorstellung Nutzungskonzept Bahnhof Dieringhausen

Herr Schmitzer und Herr Prof. Dr. Eckardt stellen das Nutzungskonzept für den Bahnhof Dieringhausen vor.

Die CDU äußert, dass sie das Projekt sehr begrüßt und die vorgestellte Planung als sehr gelungen ansieht. Das Konzept ist sehr schlüssig und in Kombination mit dem P&R-Parkplatz sehr attraktiv.

Auf Nachfrage der Grünen erläutert die Verwaltung, dass die Fahrradstellplätze vor dem Bahnhof sich auf einem städtischen Grundstück befinden und daher bestehen bleiben werden.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Die SPD fragt, wann die Aufzuganlage des Bahnhofs gebaut wird und ob bereits Kontakte zur Deutschen Bahn bestehen. Die Fraktion sieht die Gefahr, dass weiterhin kein Bau begonnen wird, da dieser schon vor einem Jahr realisiert werden sollte. Herr Halding-Hoppenheit erklärt, dass ihm kein konkreter Termin bekannt ist, jedoch der Bau des Aufzuges fest zugesagt wurde und der Umbau des Bahnhofsinneren kein Hindernis darstelle. Hierzu betont Prof. Dr. Eckardt, dass auch durch den Umbau des Bahnhofs ein stärkerer Kontakt zur Deutschen Bahn notwendig ist. Der Kämmerer bedankt sich für das vorgestellte Konzept und unterstreicht, dass die Verwaltung dieses als sehr gut erachtet. So wird es als Aufwertung des Stadtteils Dieringhausen bewertet. Ebenfalls hat bereits der Kontakt zu den sozialen Vereinen VSB und Mobiles-Aggertal stattgefunden, welche ebenfalls das Konzept mittragen. Das Nutzungskonzept ermöglicht somit eine gute und gebietsverträgliche (Nach-) Nutzung für den Bahnhof und das Blaue Haus.

Die Grünen erklären nach der Vorstellung des Nutzungskonzeptes, dass sie dieses nun nicht mehr kritisch im Hinblick auf die Gewährleistung der Mobilität ansehen.

**TOP 5
Mitteilungen**

Seitens der Verwaltung liegen keine Mitteilungen im öffentlichen Teil vor.

Torsten Stommel
Vorsitz

Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und
Stadtkämmerer

Mariella Busch
Schriftführung